

| | | |
|---|---|---|
| ANFRAGE Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) Stadträtin Uta van Hoffs (GRÜNE) Stadträtin Dr. Ute Leidig (GRÜNE) vom 23. November 2011 | Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: | 31. Plenarsitzung Gemeinderat 24.01.2012 967 14 öffentlich |
| Berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Karlsruhe | | |

1. Wie hoch ist die spezifische Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderungen im Stadtkreis Karlsruhe im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosenquote?
2. Wie hoch ist die Beschäftigungsquote von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit Behinderungen im Kämmereibereich und in den städtischen Gesellschaften?
Wie hoch ist die Ausgleichsabgabe im Kämmereibereich bzw. in den städtischen Gesellschaften, die entrichtet werden muss, wenn die gesetzliche Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen nicht erreicht wird?
(bitte je nach Gesellschaft einzeln aufschlüsseln)
3. Wird im Kämmereibereich und in den städtischen Gesellschaften das betriebliche Eingliederungsmanagement nach § 84 Abs. 2 SGB IX angewandt?
Wenn nein, warum nicht?
(bitte die städtischen Gesellschaften einzeln benennen)
4. Mit welchen Einrichtungen und Diensten für die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen arbeiten die Stadtverwaltung und das Jobcenter Stadt Karlsruhe zusammen?
5. Welche Anstrengungen werden im Jobcenter Stadt Karlsruhe unternommen, um die besonderen Aufgaben im Bereich der beruflichen Förderung von Menschen mit Behinderungen nachhaltig und dauerhaft zu bewältigen?
Gibt es hierfür qualifizierte Personalstrukturen?
6. Welche Mittel aus SGB II im Bereich des Jobcenter Stadt Karlsruhe werden zur beruflichen Eingliederung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit Behinderungen eingesetzt?
Wurden diese Mittel im Rahmen der Kürzungen der Eingliederungsmittel reduziert? Wenn ja, welche Konsequenzen hat dies nach sich gezogen?
7. Welche Beschäftigungsprogramme für Menschen mit Behinderungen werden seitens des Jobcenter Stadt Karlsruhe angeboten?
Wie viele arbeitslose Menschen mit Behinderungen werden in diesen Beschäftigungsprogrammen unterstützt?
8. Welche Erkenntnisse hat die Stadtverwaltung bzw. das Jobcenter Stadt Karlsruhe über die Anzahl von Schulabgängern und Schulabgängerinnen mit Behinderungen in Karlsruhe, die in den kommenden Jahren in den Arbeitsmarkt entlassen werden?
Welche Anstrengungen werden unternommen, um diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt adäquat unterzubringen?

Sachverhalt/Begründung:

Laut einer neuen DGB-Studie gibt es immer mehr Menschen mit Behinderungen ohne Arbeit. Aktuelle Zahlen der Arbeitsmarktdaten für die Stadt Karlsruhe bestätigen diesen Trend: Waren im Oktober 2010 noch 345 schwer behinderte Menschen im Rechtskreis SGB II (umgangssprachlich Hartz IV) arbeitslos gemeldet, so lag diese Zahl im Oktober 2011, trotz Belebung des Arbeitsmarktes, schon bei 409 Personen, während die Zahl der Arbeitslosen insgesamt nahezu konstant blieb. Sollte dieser Trend fortbestehen, droht immer mehr Menschen mit Behinderungen wegen der Unterbrechung ihrer Erwerbsbiografie die Altersarmut.

Ziel dieser Anfrage ist zu erfahren, inwieweit die Stadt Karlsruhe und die städtischen Gesellschaften ihrer Pflicht zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen nachkommen.

Darüber hinaus möchten wir in Erfahrung bringen, wie die Stadt Karlsruhe und das Jobcenter Stadt Karlsruhe mit der Integration von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben umgehen wollen, während die Bundesregierung die Situation durch Kürzungen der Eingliederungsmittel bei der Bundesagentur für Arbeit weiter verschärft.

unterzeichnet von:

Michael Borner

Uta van Hoffs

Dr. Ute Leidig

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

13. Januar 2012